

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illust. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen 2.— Mk. ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei N. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 72208. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 72203

Inseratenpreise: Die 10zeilige, Kolonellzeile 35 Pf., bei Planparchrift 40 Pf., Stellenangebote 10geige, Kolonellzeile 25 Pf. Familiennachrichten von Privatpersonen 10geige, Kolonellzeile mit 50% Nachlaß. Reklamezeile 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10geige, Kolonellzeile 40 Pf. bei Planparchrift, 50 Pf., Reklamezeile 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Verkaufsstellen entgegen

Zwischenbemerkungen zur Wehrfrage

Zur Diskussion über das Wehrprogramm*

Von F. Petrich

I.

Die Panzerkreuzerdebatte ist zu Ende — die Wehrdebatte hat begonnen. Die vom Parteivorstand berufene Wehrkommission dürfte in nächster Zeit mit dem ersten Ergebnis ihrer Arbeiten in die Öffentlichkeit treten.

Die Befürchtung, daß der Ruf nach dem Wehrprogramm mitten in der heftigsten Panzerkreuzerdebatte den Sinn haben könne, durch ein entsprechendes Wehrprogramm nachträglich die Panzerkreuzerpolitik zu rechtfertigen, lag sehr nahe, und wir glauben auch heute noch, daß es sehr notwendig ist, mit dieser Gefahr zu rechnen. So schreibt Genosse Schühlinger in seinem letzten Artikel zum Wehrprogramm:

„Das Wehrprogramm als parteimäßige Richtlinie der in die Reichsregierung entlassenen Genossen wird der sozialdemokratischen Führung die Arme freigegeben müssen zu entscheidender Verfestigung sozialistischer Forderungen auf dem Gebiet der Wehrpolitik im Rahmen eines bis auf weiteres mit der bürgerlichen Mitte zusammenarbeitenden Kabinetts. Voraussetzung für beide Ziele des Wehrprogramms ist demgemäß der aktive Wehrwille des Proletariats.“

Was heißt das anderes, als daß ein Wehrprogramm für den Hausgebrauch der Koalitionspolitik gemacht werden soll? Da werden die merkwürdigsten Dinge vermischt: die Arme sollen der sozialistischen Führung freigegeben werden zu entscheidender Verfestigung sozialistischer Forderungen auf dem Gebiet der Wehrpolitik im Rahmen eines bis auf weiteres mit der bürgerlichen Mitte zusammenarbeitenden Kabinetts. Das klingt beinahe schön. Aber es ist das Gegenteil von Rühnheit. Genosse Schühlinger weiß ebensogut wie wir, daß, solange es sich um ein Koalitionskabinet handelt, die Durchsetzung sozialistischer Forderungen auf dem Gebiet der Wehrpolitik völlig aussichtslos ist. Man kann zwar so tun, aber man wird nichts erreichen. Praktisch wird diese „aktive Wehrpolitik“ das Ergebnis haben, daß die Sozialdemokratie Herrn Gröner und seinen Nachfolgern zwar den Wehretat bewilligt, die Demokratisierung der Reichswehr aber abgelehnt werden wird. Man soll sich bei Zeiten darüber klar werden, daß eine so widerprüchvolle Politik auf die Dauer von der Sozialdemokratie nicht getragen werden kann. Die Entscheidung über die zweite Rate für den Panzerkreuzer A und die Beratung des Reichswehretats werden Gelegenheit geben, abermals die Probe auf das Exempel zu machen. Sie einzubilden, daß Fehler, die faktisch wiederholt werden, in ihrer schädlichen Wirkung nachlassen, heißt denn doch, alle Grundsätze proletarischer Politik verkennen. Die Erfahrungen der letzten Monate sind die eindringlichste Lehre, daß feste Grenzen gezogen werden müssen, die insbesondere von sozialdemokratischen Koalitionsministern und Fraktionsmehrheiten zu respektieren sind.

Die Gegner einer „aktiven Wehrpolitik“ (die andere Bezeichnung für Panzerkreuzerpolitik!) haben gar keinen Grund, einer Auseinandersetzung über die Wehrfrage auszuweichen. Im Gegenteil, wir sind heute mehr denn je überzeugt, daß es für die Partei äußerst nützlich sein wird, diese Dinge grundsätzlich durchzukämpfen, und wir können es nur begrüßen, wenn Gelegenheit geboten ist, in der Innen- wie in der Außenpolitik eine entschiedene sozialistische Auffassung zur Geltung zu bringen.

Ein sozialistisches Wehrprogramm wird mehr enthalten müssen als einerseits bloß allgemeine Beteuerungen über Abrüstung und Frieden und andererseits Vorschläge über die Demokratisierung der Reichswehr. Das genügt nicht. Neben der klaren Betonung der sozialistischen Grundeinstellung zu dem Kapitalismus und Militarismus sind drei Fragen vorder größten Tragweite für ein sozialistisches Wehrprogramm: die Landesverteidigung, die industrielle Kriegsrüstung, der Militäretat.

Die Frage der Landesverteidigung ist heute nicht nur ein wichtiges außenpolitisches, sondern sie ist auch ein militärtechnisches Problem ersten Ranges. Im Gegensatz zu den Debatten auf dem Parteitag in Essen 1907 (Bebel kontra Kautsky) hat der Weltkrieg mit grandioser Eindringlichkeit gelehrt, daß die Demokratie kein hinreichendes Mittel ist, um in der Stunde akuter Kriegsgefahr zu erkennen, wer der Angreifer, wer der Angegriffene ist, auf welcher Seite der Krieg als Angriff, auf welcher Seite als Verteidigungskrieg geführt wird. Alle wollten sie Angegriffene sein, alle wollten sie den heimatischen Boden, Haus, Hof und Herd verteidigen. Das ging viereinhalb Jahre, bis zum Zusammenbruch. Und

* Frühere Beiträge in den Nummern 264, 267, 274, 286 und 289 der Leipziger Volkszeitung.

Zu neuen Verhandlungen

Amerika und die Reparationen

Der Soz. Presseklub schreibt:

Die Vorverhandlungen für die Einziehung eines Sachverständigenausschusses zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage sind jetzt abgeschlossen. Die grundsätzliche Einigung zwischen Deutschland und den europäischen Gläubigerstaaten ist erzielt und daraufhin ist jener entscheidende Schritt in Washington erfolgt, durch den die wichtige Frage der Mitwirkung Amerikas in dem allgemein erwarteten Sinne geklärt werden konnte. Die Washingtoner Regierung hat zwar eine direkte, offizielle Mitarbeit abgelehnt, aber einer Ernennung amerikanischer Sachverständiger durch die Reparationskommission im Einvernehmen mit Deutschland zugestimmt.

Was bedeutet diese Unterscheidung? Die Regierung der Vereinigten Staaten will sich nicht durch die Beschlüsse des Sachverständigenausschusses festlegen lassen, besonders nicht durch einen etwaigen Beschluß, der eine Neuregelung des interalliierten Schul-

denproblems im Zusammenhang mit der deutschen Reparations-schuld für notwendig erklären würde. Ob Amerika wirklich und endgültig einer Rekonstruktion der interalliierten Schuldenfrage freundlich gegenübersteht, bleibt dahingestellt. Sicher ist, daß ein großer Teil der öffentlichen Meinung in Amerika gegenwärtig jeden Schuldennachschuß entschieden verwirft. Innerhalb der amerikanischen Regierung ist es, besonders der Staatssekretär für die Finanzen, Mellon, hinter dem das führende New Yorker Finanzkapital steht, der vor jeder Neuregelung der interalliierten Schuldenfrage die Ratifizierung der vorläufigen Schuldenabkommen, vor allem durch Frankreich, fordert. Jedenfalls will sich Amerika nicht auf dem Umwege eines Gutachtens des neuen Sachverständigenausschusses zu einer Preisgabe seines Standpunktes zwingen lassen. Nach außenhin will es also die Hände frei behalten und die Verantwortung für die etwaigen Empfehlungen der amerikanischen Sachverständigen abgeben können. Werden dagegen die amerikanischen Sachverständigen von der Reparationskommission und von Deutschland bestimmt, dann handeln sie gewissermaßen auf eigene Faust.

Der neue Feindschick aus Washington läßt darauf schließen, daß der zweite Sachverständigenausschuss nach ähnlichen Gesichtspunkten arbeiten wird wie das Dawes-Komitee: Entpolitisierung des Reparationsproblems, lediglich wirtschaftliche Erwägungen sollen maßgebend sein. Unter dieser Voraussetzung ist auch diesmal das amerikanische Kapital bereit, an der Lösung aktiv mitzuwirken. Diese Mitwirkung ist um so unentbehrlicher, als durch die Ent-wicklung der Kriegs- und Nachkriegszeit das Weltkapital, besonders das flüssige, sich mehr und mehr auf Amerika konzentriert hat. Auf der anderen Seite hat die amerikanische Finanzwelt selbst das größte Interesse daran, an der Lösung beteiligt zu sein, einmal weil sie daran beträchtlich verdient, und außerdem, weil der amerikanische Kapitalüberfluß Verwendung im Ausland unbedingt braucht: bei einer Neuregelung des Reparationsproblems können wir Amerika nicht entbehren, aber auch Amerika kann sich den Luxus nicht leisten, daran unbeeiligt zu bleiben.

Die nächsten Monate werden um Zeichen eines schwierigen Ringens stehen, bei dem die nationalistischen Elemente eines jeden Landes ihr Möglichstes tun werden, um die öffentliche Meinung aufzuspüren und eine Einigung zu hintertreiben. Demgegenüber wird es die doppelte Aufgabe der internationalen Arbeiterklasse sein, dafür zu sorgen, daß diese Brunnenergüßung erfolglos bleibt und daß die endgültige Lösung des Reparationsproblems nicht einseitig auf ihre Kosten erfolgt.

Enttäuschung über Polens Antwort

Der Inhalt der polnischen Antwortnote hat, wie der Ost-Expreß erzählt, bei den zuständigen deutschen Stellen in hohem Maße enttäuscht, weil in den schriftlichen Formulierungen der Note weniger enthalten sei, als in den mündlichen Besprechungen zwischen Hermes und Twardowski vorgesehen worden war. Sodann beständen in der Note in bezug auf wichtige Punkte noch größere Unklarheiten. Daraus geht hervor, daß Polen einer klaren Formulierung und Präzisierung der polnischen Zugeständnisse hinsichtlich der deutschen Hauptforderungen ausweichen wolle. Auf deutscher Seite bestrebt man sich nach wie vor, den dringenden Wunsch, weiter zu verhandeln; es sei aber nicht möglich, in neue Delegationsverhandlungen einzutreten, solange Polen seine Stellungnahme zu den deutschen Hauptforderungen nicht kläre. Dies müsse daher in mündlichen Besprechungen geklärt werden. Die von den Unklarheiten der polnischen Note zu befürchtende Verzögerung wäre um so mehr zu bedauern, als man deutscherseits durchaus bereit sei, das *Polizabkommen* zu verlängern, woran Polen besonders viel gelegen ist. Allerdings sei auch dies erst möglich, nachdem in den Hauptpunkten Klarheit geschaffen ist. Aus diesem Grunde habe Dr. Hermes den polnischen Delegationsleiter von Twardowski bereits am Sonntagabend telegraphisch aufgefordert, die Zusammenkunft der beiden Delegationsführer auf einen früheren Termin als bisher vorgesehen, d. h. noch vor dem 9. Januar, festzusetzen.

grenzt es nicht fast an Jnnismus, wenn sich heute noch geschäftige Memoirenschreiber finden, die, trotz der Forschungen über die Kriegursachen und den Zusammenbruch, noch mit Stolz auf ihre Politik der Kriegsverlängerung hinweisen? Angesichts dieser noch unvergessenen Erfahrungen kann man über den Verteidigungskrieg nicht mit Stillschweigen hinweggehen. Man kann es insbesondere nicht im Zeitalter des hochentwickeltesten Flugzeuges und des Giftgases, die nach den maßgebenden Urteilen der Militärfachverständigen jeden vermeintlichen Verteidigungskrieg zwangsläufig zum Angriffskrieg stempeln: die Verteidigung, die Abwehr ist nicht mehr durchführbar, also muß der Gegner, ob Angreifer oder Angegriffener, notwendigerweise zum Angriff schreiten. Dazu kommt, daß, wie wiederholt schon festgestellt wurde, es in der Rüsteter Abrüstungskriegslehre wörtlich über den Charakter des Gegenwartskrieges heißt: „In der kapitalistischen Epoche trägt jeder Krieg stets den Charakter des herrschenden Imperialismus.“ Deshalb: Keine Vogel-Strauß-Politik gegenüber der ausschlaggebenden Frage der Kriegspolitik der herrschenden Klassen.

Es bedarf keiner langen Ausführungen, um die brennende Bedeutung des deutschen Reichswehretats zu kennzeichnen. Erst die Beratung des Nachtragsetats in einer Nachsitzung des Reichstages hat gezeigt, daß die Sozialdemokratie hier eine Aufgabe zu lösen hat, die nicht zurücksteht hinter dem Kampf gegen den kaiserlichen Militarismus der Vorkriegszeit. Mit den Mitteln der Koalitionspolitik ist dieser Reichswehr und diesem Reichswehretat nicht beizukommen. Es wird langer und jäher Oppositionskämpfe bedürfen, um der verkleinerten Ausgabe der kaiserlichen Armee Herr werden zu können. Dazu gehört aber Klarheit über die Stellung der Partei zu dem Reichswehretat. Soll die Sozialdemokratie etwa den Etat bewilligen, wenn Jahr für Jahr ihre Demokratisierungsforderungen beiseite geschoben werden? Diese Frage muß grundsätzlich beantwortet werden, ihre Beantwortung kann man nicht dem Zufall der Tagespolitik überlassen. Das Problem der industriellen Kriegsrüstung endlich be-

herrscht, wie schon bei den Darlegungen über den Verteidigungskrieg angedeutet wurde, die ganze Strategie und Taktik des Zukunftskrieges.

II.

Nun liegen zwei Schriften vor, die sowohl diese Kernfrage als auch die übrigen Probleme der Wehrfrage behandeln. Es erscheint uns notwendig, sowohl auf Kautsky als auch auf Levis Ausführungen näher einzugehen.

Die Schrift Kautsky hat alle Vorzüge und Mängel, die seine Schriften während des letzten Jahrzehnts gehabt haben. Auf Kosten der Klarheit und Konsequenz wird in übertriebener Problematik gemacht, werden die Dinge in einem kompliziert, daß energisches Handeln stark beeinträchtigt wird. Vieles, was Kautsky über Sozialismus und Pazifismus, über Demokratie, Bürgerkrieg und Kolonialpolitik sagt, ist nicht mehr neu, alte Gedankengänge aus früheren Kautskyschen Schriften kehren wieder. Alles ist in Relativismus aufgelöst. Zu der Frage Angriff- oder Verteidigungskrieg nimmt Kautsky heute nicht mehr die eindeutige Stellung ein, die er z. B. auf dem Essener Parteitag in der bekannten Kontroverse mit Bebel einnahm. Der Weltkrieg sollte ihn eigentlich belehrt haben, daß er und nicht Bebel historisch gerechtfertigt ist. Andere Probleme, wie z. B. das über Kriegstechnik und Kriegspolitik sind ganz unzulänglich. Es berührt seltsam, wenn Kautsky Streikaktionen einzelner wichtiger Wirtschaftszweige in der Stunde des Kriegsausbruches als syndikalistische Unternehmungen abtut. Derselben Beurteilung verfällt die Kriegsdienstverweigerung. Kautsky meint:

„Derartige ist bei einem Kriegsausbruch eben einfach pädagogisch nicht möglich. Erst dann, wenn eine Bevölkerung durch einen Krieg so sehr aufgeschreckt ist, daß sie die Fortsetzung des Krieges noch mehr fürchtet, als die Niederlage; wenn sie den Frieden dringend braucht und kein anderes Mittel sieht, ihn den verbotenen Militaristen aufzuzwingen,

* Sozialdemokratie und Wehrfrage, von Karl Kautsky, 61 S., Preis 1,20 Mark. Verlag J. H. W. Dietz, Berlin. Wehrhaftigkeit und Sozialdemokratie, von Dr. Paul Levis, 32 S., Preis 20 Pfennig. Internationale Verlagsanstalt, Berlin.